

Armutbericht: Bundesregierung streicht brisante Passagen zu Einfluss von Vermögen und Eliten.

Veröffentlicht am 15.12.2016, damalige Quelle:

<https://web.de/magazine/politik/armutsbericht-bundesregierung-streicht-brisante-passagen-einfluss-vermoegen-eliten-32069908>.

Die Bundesregierung hat ihren Armuts- und Reichtumsbericht in einigen Passagen entschärft. Aussagen, ob Menschen mit mehr Geld einen stärkeren Einfluss auf politische Entscheidungen haben als Einkommensschwache, seien in der überarbeiteten Fassung des Berichts gestrichen, schreibt die "Süddeutsche Zeitung". So fehle zum Beispiel der Satz: "Die Wahrscheinlichkeit für eine Politikveränderung ist wesentlich höher, wenn diese Politikveränderung von einer großen Anzahl von Menschen mit höherem Einkommen unterstützt wird." Dies gehe aus einem Vergleich der ersten, vom Bundesarbeitsministerium verfassten Version mit der zweiten Version der Regierungsanalyse hervor, bei dem das Kanzleramt und andere Ministerien mitschreiben konnten, heißt es [in der "Süddeutschen Zeitung"](#).

Einfluss von Eliten und Vermögen auf die Politik

Bundesarbeitsministerin Nahles (SPD) hatte im März 2015 angekündigt, in dem Bericht erstmals den Einfluss von Eliten und Vermögenden auf politische Entscheidungen untersuchen zu lassen. Ihr Ministerium gab daher eine Studie bei dem Osnabrücker Politikwissenschaftler Armin Schäfer in Auftrag. Dessen Erkenntnisse flossen in den Bericht, den das Arbeitsministerium im Oktober vorlegte. So wurde in dieser ersten Fassung noch von einer "Krise der Repräsentation" gewarnt: "Personen mit geringerem Einkommen verzichten auf politische Partizipation, weil sie Erfahrungen machen, dass sich die Politik in ihren Entscheidungen weniger an ihnen orientiert." Diese Aussagen fehlen nun ebenso wie die Passage über den "Einfluss von Interessenvertretungen und Lobbyarbeit".

Scharfe Kritik an Entschärfungen

Die "Süddeutsche Zeitung" zitiert als Reaktion auf den entschärften Bericht die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen, Brigitte Pothmer: "Über Demokratie-Defizite muss offen geredet werden, alles andere ist Wasser auf den Mühlen der Populisten." Christina Deckwirth vom Verein Lobbycontrol kritisierte in der SZ, die Studie zeige, wie Vermögende bessere Möglichkeiten hätten, um auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen: "Solche Erkenntnisse sind der Bundesregierung aber offenbar zu brisant, um sie zu veröffentlichen."

Der mehr als 600 Seiten starke Armuts- und Reichtumsbericht wird alle vier Jahre erstellt. Er enthält Informationen unter anderem über die Lage am Arbeitsmarkt, die Entwicklung der Löhne und Einkommen. Auch beim Bericht aus dem Jahr 2013 hatte es Ärger gegeben. Damals setzte die FDP durch, dass Aussagen über die ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland verschwanden. (dpa/miwo)